

Appenzell : eine verzögerte politische Emanzipation

Autor(en): **Mock, Vreni**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **44 (1988)**

Heft 3

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-844593>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Appenzell

eine verzögerte politische Emanzipation

Woran ist bis heute die politische Gleichberechtigung der Appenzellerin auf kantonaler Ebene gescheitert? Dieser Frage ist eine junge Appenzellerin, Vreni Mock, nachgegangen. – Die Stiftung ‘Schweizer Jugend forscht’ prämiert jedes Jahr eine Reihe Forschungsarbeiten junger Leute. Vreni Mock bekam für ihre Studie die bestmögliche Note und einen ersten Preis.

Kleinräumig und homogen

Zunächst werden wir mit einigen charakteristischen Merkmalen dieses kleinen Halbkantons – Innerrhoden – bekannt gemacht. Seine Kleinräumigkeit einerseits, seine Einheitlichkeit andererseits prägen das Bergland. Wichtiger in der Meinungsbildung als die herrschende Partei, die CVP, sind die Interessenverbände: der Bauern-, der Gewerbe-, der Arbeitnehmerverband sowie die einzelnen Frauenverbände. In dieser in sich geschlossenen Welt ist für Neues kaum Platz. Viele Junge müssen auswandern, der Kanton ist überaltert – die Mädchenbildung liegt im Vergleich zu andern Schweizer Kantonen im argen.

Und doch, es bewegt sich was

Vor diesem Hintergrund ist es um so erstaunlicher, dass es doch immer wieder Männer gegeben hat, die sich tapfer für die Sache der Frau gewehrt haben, für die politische Gerechtigkeit nicht eine Frage der städtischen Moden, sondern ein echtes Anliegen war. Die Gegner und vor allem auch Gegne-

rinnen machten ihnen das Leben nicht leicht. Da meinte etwa eine Leserbriefschreiberin in der einzigen Zeitung, dem Appenzeller Volksfreund, glückliche Frauen, d.h. Frauen, die glücklich verheiratet sind, mit einer glücklichen Familie, wünschten kein Stimmrecht. Die ‘wahre Natur der Frau’ bot den Gegnern beinahe unerschöpfliche Argumente, um die echten Gründe ihrer Ablehnung zu vernebeln.

Stimmpflicht?

Besonders perfide nimmt sich der Missbrauch der Sprache aus; man will die Appenzellerinnen nicht mit der ‘Stimmpflicht’, einer neuen ‘Bürde’ belasten. – ‘Ein heimliches Matriarchat?’ fragt die Autorin an anderer Stelle. Denn die Gegner weisen darauf hin, dass die Frauen durch ihren Einfluss auf die Männer (Ehemänner und Söhne) schon genug zu sagen hätten. Die Ledigen sollen heiraten und die Geschiedenen sind selber schuld, meinte ein Briefschreiber . . . die Witwen gibt es in seinem heilen Weltbild offenbar nicht.

Vom Saulus zum Paulus – Remo Broger

Vor der Einführung des Frauenstimmrechts auf Bundesebene 1971 war Raymond Broger ein vehementer Gegner, er wollte den Frauen das Stimmrecht nicht einmal in Schul- und Kirchenangelegenheiten gewähren. Nachdem nun die Stimmlast auf den Frauenschultern ruhte, war er einsichtig genug, sich auch für die Einführung auf kantonaler Ebene einzusetzen, doch er starb, ohne sich dieses Denkmal gesetzt zu haben – wie Gegner hämisch kommentierten.

Die Landsgemeinde – Grund oder Vorwand?

Offiziell gilt immer noch die Landsgemeinde als Begründung für die ablehnende Haltung der Appenzeller Bevölkerung. Es ist der Regierung zugute zu halten, dass sie nach 1971 bestrebt war, dieses Argument zu entkräften. Sogar Broger hielt dafür, dass sich die Landsgemeinde der neuen Zeit anpassen müsste, sonst sei sie nur noch ein folkloristisches Relikt und gehöre ins Trachtenmuseum. Andere Landsgemeindekantone sind mit gutem Beispiel und Erfolg vorausgegangen, die Glarner, die Nidwaldner . . . Dass man den Frauen nicht zumuten könne, als Stimmrechtsausweis den Säbel mitzubringen, ist eine Sache, aber es gäbe bei gutem Willen doch die eine oder andere Möglichkeit, mit friedlicheren Symbolen politische Mündigkeit zu dokumentieren. – Die männlichen Appenzeller bleiben in der Regel hartnäckig, auch Schulreisen zu 'gemischten' Landsgemeinden haben bisher nicht den erwünschten Erfolg gezeigt.

Wer ist dafür?

An der Jungbürgerfeier von 1978 fand eine konsultative Abstimmung bei den Jugendlichen des Jahrgangs 1958 statt. Die Mädchen waren fürs Stimmrecht, die Burschen dagegen. – Auch die Initiative für 'Gleiche Rechte für Mann und Frau' fand bei den Jungbürgern von 1980 keine Gnade. Als die Veranstalter dieses Thema diskutieren wollten, wurde es 'vorwiegend mit Humor aufgenommen', wie die Autorin schreibt. Trotzdem schaffte die Initiative am 14. Juni 1981 32 % Ja-Stimmen. – Der eidgenössische Wahlgang von 1971 hatte 71 % Nein ergeben – immerhin ein Fortschritt zu 1959, wo die Nein-Stimmen noch 95 % ausmachten. In absoluten Zahlen stimmten 1959 105 Appenzeller Männer mit Ja, 1971 waren es dann doch schon 574.

Das Stimmrecht – ein Misstrauensvotum an die Adresse der Männer?

Am 11. Oktober 1969 schrieb eine Leserin im Appenzeller Volksfreund: 'Meiner Meinung nach haben es bei uns die Männer nicht so schlecht gemacht, dass man ihnen helfen müsste.' Die Frage, ob das Frauenstimmrecht etwas an der politischen Landschaft ändern würde oder nicht, wurde immer wieder debattiert. Gleich nach Einführung auf eidgenössischer Ebene zeigte sich, dass das Stimmrecht vielleicht doch etwas ändern würde an der heilen Bergwelt. Der offizielle Kandidat, Dr. Guido Ebnetter, wurde nämlich am 6. Juni 1971 nicht gewählt, das Rennen machte der junge Kantonsrichter Dr. Arnold Koller. Man vermutet, dass er seine Wahl den jungen, ledigen Frauen zu verdanken hat.

Wie weiter?

Unterstützung von aussen stösst auf wenig Gegenliebe, das mussten die Frauen der SP-Schweiz erfahren, die ihre Jahresversammlung in Appenzell abhielten. Auch Versuche, innerhalb des Kantons einen Frauenstimmrechtsverein zu gründen, sind gescheitert. Im Winter 1978/79 versuchte dies die Geschäftsfrau Ottilie Paky-Sutter; nur drei Bäuerinnen sagten ihre Mithilfe zu, und es fanden sich nur 25 Frauen, die bereit gewesen wären, einen öffentlichen Brief zugunsten des Frauenstimmrechts zu unterschreiben.

Die Autorin ist für die Zukunft nicht besonders optimistisch: 'Die Zahl der Frauen mit höherer Bildung und abgeschlossener Berufslehre ist klein, und da es im Kanton selber noch wenig hochqualifizierte Arbeitsplätze, besonders für Frauen, gibt, wandern diese Frauen eher aus. Die Voraussetzungen für eine Lockerung der traditionellen Rollen durch die Frauen selber sind und waren also, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ungünstig.' Es wird wohl beim Männerclub bleiben, bis auf weiteres!

Wir begrüßen herzlich die folgenden neuen Mitglieder:

Isabelle Hänel
8910 Affoltern a.A.

Katharina Gattiker
8122 Pfaffhausen

Verbands- nachrichten

Der Schweizerische Verband für Frauenrechte (SVF) hat dieses Jahr zwei Delegiertenversammlungen durchgeführt.

Die ordentliche DV fand am 25./26. Mai in Trogen statt und war dem Themenkreis 'Frauenpolitik – Parteipolitik, ein Gegensatz' gewidmet. In Referaten und Gruppendiskussionen wurden Interessenkonflikte erörtert und Möglichkeiten zur Bewältigung aufgezeigt. Leider waren an dieser DV auch Rücktritte zu verzeichnen: Die Präsidentin, Christiane Langenberger, stellte ihr Amt zur Verfügung, erklärte sich aber bereit, den Verband interimistisch noch bis Ende September 1988 zu leiten. Ebenfalls zurück traten die Vizepräsidentin, Dr. iur. Isabelle Mahrer, sowie die Zentralvorstandsmitglieder Irmgard Rimondini, Alice von Rotz und Bernadette Epprecht. Neu in die Verbandsleitung wurden gewählt Gaby Jenö aus Basel, Gilberte Müller aus Genf sowie eine Vertreterin aus Neuenburg.

Mit Dr. Mahrer verliert der Verband eine sehr profilierte Juristin. Sie prägte mit ihrem profunden Wissen und ihrem konsequenten Feminismus sowie mit ihren zahlreichen Publikationen während Jahren den politischen Stil des Verbandes. Auch Frau Rimondini setzte sich viele Jahre für den Verband ein und vertrat seine Interessen bei den Internationalen Verbänden